



Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 04. Februar 2009

Vorlagen-Nr. 08-V-20-0059

Finanzierung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2008

Beschluss Nr. 0057

I. Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. mit der SV 08-V-11-5016 (Stvv-Beschluss Nr. 0235 vom 12.06.2008) von den Auswirkungen der Tarif- und der Besoldungserhöhung sowie dem entsprechenden finanziellen Mehraufwand in Höhe von 6,71 Mio € für 2008 und 11,36 Mio € für 2009 berichtet und Kenntnis genommen wurde und
 - 1.2. die aktuell absehbare Budgetüberschreitung der Personal- und Versorgungsaufwendungen (unter Berücksichtigung der Schätzung der Pensionsrückstellungen vom 31.07.08 durch die Firma Watson Wyatt Heissmann) rund 5,8 Mio. € beträgt.

prognostizierte Überschreitung des Personalkosten-Budgets auf Basis der Hochrechnung August 2008	1,752 Mio €
Mehraufwand Pensionsrückstellung	3,324 Mio €
Änderung des hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2007/2008	0,700 Mio €
Gesamtsumme	5,776 Mio €

2. Der durch die Pensionsrückstellungen verursachte Mehraufwand der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Höhe von ca. 2,0 Mio. € wird zur einmaligen Entlastung der Dezernatsbudgets vom städtischen Gesamthaushalt getragen. Die Finanzierung der restlichen Mehraufwendungen in Höhe von rund 3,8 Mio. € ist durch die Dezernatsbudgets zu decken.
3. Der Mehraufwand kann überwiegend aus den Mehrerträgen und Einsparungen in den Dezernatsbudgets gedeckt werden. Dezernat I/20 wird in Absprache mit den Fachdezernaten mit der haushaltsrechtlichen Umsetzung beauftragt.
4. In den Einzelfällen, in denen ein Ausgleich im Dezernatsbudget 2008 nicht möglich ist, kann ein Kontrakt zwischen dem Fachdezernat und Dezernat I/20 geschlossen werden, der einen Ausgleich im Folgejahr vorsieht.

5. Der Magistrat (Dezernate I/20 und III/11) wird beauftragt, mit der HMS-Hochrechnung April 2009 über die prognostizierte Entwicklung der Personalkosten und deren Finanzierung durch alle Dezernate in einer gesonderten Sitzungsvorlage zu berichten.
- II. Es wird zur Kenntnis genommen:
 1. Die allgemeine Haushaltsentwicklung, der hohe Tarifabschluss und die zusätzliche Rückstellungszuführung für Pensionen durch die Besoldungserhöhung macht eine Gegensteuerung im Haushaltsvollzug notwendig.
 2. Zur Vermeidung einer Steigerung der Personalintensität ist eine vorsichtige Personalpolitik weiterhin erforderlich.
 3. Einstellungen und Besetzungen können nur bei „grüner HMS-Ampel“ in der Plan-IST-Abweichung der Personalkosten (Personalaufwand und Versorgungsaufwendungen) und bei gleich bleibender (bzw. sinkender) Personalintensität erfolgen.
 4. Ausnahmen bei gestiegener Personalintensität können, soweit die absolute Höhe der Personalkosten unter dem Budget 2008 liegen, durch die LG Budget AG zugelassen werden.
 5. Einstellungen und Besetzungen für Projekte und/oder neue Maßnahmen, deren Finanzierung gesichert ist, können - auch bei „roter HMS-Ampel“ - durch die LG Budget AG freigegeben werden.
 6. Die Steuerung über die Personalintensität erfolgt bis zur Sitzungsvorlage zu Beschlussziffer 5. In diesem Zusammenhang wird über die Wirksamkeit und weitere Anwendung oder Modifizierung entschieden.
 7. Weiterhin wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 7.1 das Ausbildungsbudget durch den Tarifabschluss mit einer überproportionalen Mehrbelastung in 2008 in Höhe von 163.000 € betroffen ist. Dies gilt auch für die Folgejahre.
 - 7.2 die Deckung der Ausbildungsbudgetüberschreitung für die Jahre 2008 und 2009 aus übergeleiteten Mitteln des Dezernates III erfolgt.
 - 7.3 für den kommenden Doppelhaushalt 2010/2011 über eine entsprechende Zusetzung zu entscheiden ist, da ansonsten die Zahl der Auszubildenden reduziert werden muss.

(antragsgemäß Magistrat 25.11.2008 BP 1008)

(antragsgemäß Revisionsausschuss 28.01.2009 BP 0004)

Tagesordnung III

Wiesbaden, .02.2009

Horschler
Vorsitzender